

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2. Niederschrift vom 14.12.09	5
3. Haushalt 2010	5
3.1 Reinigung städtischer Gebäude mit eigenem Personal (Streichung kw-Vermerke im Stellenplan)	5
hier: Antrag der Fraktion 'Die Linke' vom 12.2.10	5
Vorlage-Nr. 40/09 m	5
3.2 Stellenaufstockung im Jugendamt	6
hier: Antrag der Fraktion 'Die Linke' vom 2.2.10	6
Vorlage-Nr. 40/09 n+o	6
3.3 Erhöhung Gewerbesteuerhebesatz	6
hier: Antrag der Fraktion 'Die Linke' vom 2.2.10	6
Vorlage-Nr. 40/09 p	6
3.4 Armutsbericht	7
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 2.2.10	7
Vorlage-Nr. 8/09 a+b	7
3.5 Einführung eines Bürgerhaushaltes	7
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 2.2.10	7
Vorlage-Nr. 4/06 c	7
3.6 Einrichtung einer Stadtbuslinie nach Brühl-Schwadorf	7
hier: Antrag der Fraktion 'Die Grünen' vom 8.2.10	7
Vorlage-Nr. 67/95 bn	7
3.7 Service-Center	8
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 1.3.10	8
3.8 Stellenplan 2010	8
Bezug: HA 25.1.10	8
Vorlage-Nr. 40/09 j	8
3.9 Erlass der Haushaltssatzung 2010	8
Vorlage-Nr. 40/09 q	8
4. Satzungen	10
4.1 Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Bücherei der Stadt Brühl	10
Bezug: KPTA 21.1.10	10
Vorlage-Nr. 345/76 o	10
4.2 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Brühl über die Stiftung des Max-Ernst-Stipendiums	10
Bezug: KPTA 21.1.10	10
Vorlage-Nr. 120/80 cd - Ä -	10
4.3 Satzung zur Aufhebung der Betriebssatzung für den Entsorgungsbetrieb der Stadt Brühl	10
Vorlage-Nr. 139/93 am	10
5. Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsplan 2009 nach 2010	11
Vorlage-Nr. 40/09 r	11

6. Wirtschaftsplan Stadtwerke Brühl GmbH 2010	11
Vorlage-Nr. 81/87 ai	11
7. Konjunkturpaket	11
hier: Konkretisierung der Maßnahmen	11
Vorlage-Nr. 2/09 h	11
8. 12. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Brühl (Brühler Stadtverfassung)	11
Bezug: HA 25.1.10	11
Vorlage-Nr. 239/87 ax	11
9. Ausschreibung der Stelle einer/eines Beigeordneten	12
Bezug: HA 25.1.10	12
Vorlage-Nr. 210/85 w	12
10. Änderung der Geschäftskreise der Beigeordneten	12
Bezug: HA 25.1.10	12
Vorlage-Nr. 214/85 r	12
11. Besetzung des Integrationsausschusses der Stadt Brühl	12
Vorlage-Nr. 38/03 y	12
12. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen	13
12.1 Regionale 2010 / RegioGrün	13
hier: Mittelbereitstellung	13
Bezug: HA 25.1.10	13
Vorlage-Nr. 19/03 l	13
13. Bebauungsplan 04.07/4, Teilbereich I, „Margartenhof“	13
hier: Abwägungs- und Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	13
Bezug: PStA 26.1.10	13
Vorlage-Nr. 87/01 r	13
14. Errichtung eines Service-Centers	15
Bezug: HA 25.1.10	15
Vorlage-Nr. 164/87 al	15
15. 19. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW am 23. März 2010 in Essen	16
Vorlage-Nr. 23/85 i	16
16. Mitteilungen	16
16.1 Nebentätigkeiten des Bürgermeisters nach § 71 Landesbeamtengesetz	16
Vorlage-Nr. 5/05 g	16
16.2 Projekt „Europäisches Schulobstprojekt NRW“	16
17. Anfragen	16
17.1 Kaiserbahnhof	16
17.2 Baumfällungen	16

B) Nichtöffentlicher Teil	17
18. Wiederwahl einer Schiedsperson für den Schiedsbezirk I (südlicher Stadtbezirk) Vorlage-Nr. 264/77 o	17 17 17
19. Bestellung eines Prüfers der örtlichen Rechnungsprüfung Vorlage-Nr. 110/00 j	17 17

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

A) Öffentlicher Teil

Zur Tagesordnung:

Ratsfrau Niclasen (Grüne) weist darauf hin, dass ihre Fraktion gebeten habe, den unter TO-Pkt. 16.3 aufgeführten Antrag „Einrichtung einer Stadtbuslinie nach Brühl-Schwadorf“ im Rahmen der Beratung der Haushaltssatzung 2010 zu diskutieren. Sie bitte daher, den Punkt vorzuziehen.

Bürgermeister Kreuzberg schlägt vor, alle unter Punkt 16 aufgeführten Anträge im Rahmen der Haushaltsberatung unter TO-Pkt. 3 zu behandeln.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bittet, ebenfalls den Antrag seiner Fraktion zum Entwurf der Haushaltssatzung 2010 auf Veranschlagung von Planungskosten in Bezug auf das neue „Service-Center“ zu berücksichtigen. Der Antrag, zur Erstellung eines Raum- und Finanzierungskonzeptes 50.000 € anzusetzen, fehle in der Antragsliste. Den Antrag wolle man allerdings modifizieren und auf 30.000 € mit Sperrvermerk reduzieren.

Gegen die vorgeschlagene Änderung der Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

2. Niederschrift vom 14.12.09

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 14.12.09 werden keine Einwände erhoben.

3. Haushalt 2010

Die Vorsitzenden der **Fraktionen CDU, SPD, Grüne, FDP, fw/bVb und DIE LINKE** tragen die als Anlage beigefügten Etatreden vor.

3.1 Reinigung städtischer Gebäude mit eigenem Personal (Streichung kw-Vermerke im Stellenplan)

**hier: Antrag der Fraktion 'Die Linke' vom 12.2.10
Vorlage-Nr. 40/09 m**

Fraktionsvorsitzender Riedel (DIE LINKE) verweist als Antragsteller auf seine Etatrede und die dortige Begründung für den Antrag seiner Fraktion.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) weist darauf hin, dass es sich hier nicht um einen neuen Antrag handele, sondern seine Fraktion einen gleich lautenden Antrag bereits in der Hauptausschusssitzung gestellt habe.

Der Rat lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab, die kw-Vermerke im Haushaltsplan 2010 (Eigenreinigung) zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 27 : 22

3.2 Stellenaufstockung im Jugendamt
hier: Antrag der Fraktion 'Die Linke' vom 2.2.10
Vorlage-Nr. 40/09 n+o

Bürgermeister Kreuzberg verweist auf die Verwaltungsvorlage, die deutlich mache, dass dem Anliegen bereits Rechnung getragen werde. Der Antrag sei damit gegenstandslos.

Fraktionsvorsitzender Riedel (DIE LINKE) zeigt sich erfreut über die Mittelfreigabe, hätte sich jedoch eine frühzeitigere Information bereits in der Jugendhilfeausschusssitzung gewünscht.

Die **Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Ratsfrau Küster** (CDU), stellt richtig, dass seitens der CDU-Fraktion durch den sachkundigen Bürger Wasem die Personalaufstockung bereits befürwortet worden sei. Insofern sei sehr wohl in der letzten Jugendhilfeausschusssitzung schon klar gewesen, dass ein personeller Mehreinsatz erfolge.

Ratsherr Weitz (SPD) bestätigt, dass die Verwaltung aufgrund seiner Anfrage bereits in der Jugendhilfeausschusssitzung deutlich gemacht habe, dass sowohl eine Stellenaufstockung als auch eine Stundenanhebung erfolge. Der erneute Antrag der Fraktion DIE LINKE sei daher unverständlich und zeuge nicht von sachlich orientierter Politik.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) erinnert an die Aussage des Stadtkämmerers, dass eine Unterdeckung in diesem Bereich nicht bestehe. Er fragt, was nun richtig sei.

Die Frage von **Ratsfrau Niclasen** (Grüne), ob es sich um die Stelle mit der Nr. 197 handele, wird verneint.

Fraktionsvorsitzender Riedel (DIE LINKE) stellt fest, dass die Umstände anscheinend doch nicht so klar seien. Im Übrigen gehe es um die Sache und nicht um die Frage, von welcher Fraktion der Antrag eingebracht worden sei. Er halte seinen Antrag daher aufrecht.

Bürgermeister Kreuzberg macht nochmals deutlich, dass neben der Einrichtung einer zusätzlichen Teilzeitstelle eine Stundenanhebung einzelner Mitarbeiterinnen vorgesehen und der Bedarf damit gedeckt sei. Wer im Folgenden gegen den Antrag stimme, habe daher verstanden, dass sich dieser erledigt habe.

Der Rat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis und lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab, Geld zur Einrichtung einer Teilzeitstelle sowie für eine Stundenerhöhung einzelner Mitarbeiterinnen bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 41 : 7 bei 1 Enthaltung

3.3 Erhöhung Gewerbesteuerhebesatz
hier: Antrag der Fraktion 'Die Linke' vom 2.2.10
Vorlage-Nr. 40/09 p

Der Rat lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab, die Gewerbesteuer um 20 Punkte von 430 % auf 450 % anzuheben.

Abstimmungsergebnis: 41 : 2 bei 6 Enthaltungen

3.4 Armutsbericht

hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 2.2.10
Vorlage-Nr. 8/09 a+b

Der Rat lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE, einen Armutsbericht für die Stadt Brühl erstmals ab 2010 zu erstellen, ab.

Abstimmungsergebnis: 31 : 8 bei 10 Enthaltungen

3.5 Einführung eines Bürgerhaushaltes

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 2.2.10
Vorlage-Nr. 4/06 c

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) gibt zu bedenken, dass die Erstellung eines Bürgerhaushaltes mit einem erheblichen Aufwand und großen Belastungen verbunden sei. Er verweist auf die Erfahrungen in der Stadt Köln; dort habe man mit dem gleichen Projekt nicht viel erreicht.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) unterstützt grundsätzlich das Anliegen, den Haushalt so aufzubereiten, dass er für alle verständlich sei. So fehlten in vielen Bereichen z.B. noch Kennzahlen. Die Einführung eines Bürgerhaushaltes stelle einen Kompromiss dar.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) hält einen Bürgerhaushalt zwar für sinnvoll; allerdings sei die Erstellung mit einem erheblichen Kostenaufwand verbunden. Zum jetzigen Zeitpunkt müsse man den Antrag daher ablehnen. Er bitte, die entsprechenden Kosten einmal darzustellen.

Stadtkämmerer Freytag erklärt, dass der Kostenaufwand davon abhängen würde, was konkret gemacht werde. Fest stehe, dass bei Einführung eines Bürgerhaushaltes sehr viel Öffentlichkeitsarbeit geleistet und auch die Handhabung über Internet mit einbezogen werden müsse. Je nachdem welche Konstruktion man wähle, lägen die Kosten für zwei Stellen auf ein Jahr zuzüglich Sachmittel bei ungefähr 100.000 €.

Grundsätzlich halte er einen Bürgerhaushalt für sinnvoll und gut. Allerdings müssten zunächst die gesetzlichen Aufgaben (Ziele und Kennzahlen, kommunaler Gesamthaushalt) erfüllt werden, die Vorrang hätten. Er schlage daher vor, in einem Jahr über den Bürgerhaushalt noch einmal zu sprechen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) ist der Ansicht, dass die Erarbeitung eines Bürgerhaushaltes für den Gesamthaushalt nicht sinnvoll sei, sondern evtl. nur für die Bereiche, die den Bürger interessierten. Er schlage daher vor, zu gegebener Zeit einmal ein entsprechendes Konzept zu erstellen.

Der Rat lehnt den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab, ein Konzept für einen „Kommunalen Bürgerhaushalt“ für die nächste Haushaltsperiode 2011 zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: 27 : 4 bei 18 Enthaltungen

3.6 Einrichtung einer Stadtbuslinie nach Brühl-Schwadorf

hier: Antrag der Fraktion `Die Grünen` vom 8.2.10
Vorlage-Nr. 67/95 bn

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er stellt fest, dass es sich hierbei bereits um einen älteren Antrag aus dem so genannten „Verfahrensfriedhof“ handle und dass es traurig sei, dass dieser zwischen den Gremien hin und her geschoben werde. Man müsse nun endlich eine Ratsentscheidung herbei führen, um endgültig einen entsprechenden Auftrag erteilen zu können.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) weist darauf hin, dass in Schwadorf ganztägig das Anrufsammeltaxi genutzt werden könne. Zwar verursache dies geringe Mehrkosten; dafür werde man allerdings bis zum Ziel gefahren.

Er kritisiert, dass dem städtischen Haushalt ständig Mehrkosten aufgebürdet und dass Leistungen gefordert würden, ohne gleichzeitig eine Finanzierungsmöglichkeit zu nennen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) schlägt vor, dass die Stadtwerke in Brühl-Schwadorf eine bessere Informationspolitik insbesondere über das AST-System leisten müssten.

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) macht hinsichtlich der Finanzierungsfrage deutlich, dass der Rat auf einen Teil der Gewinnabführung der Stadtwerke verzichten und gleichzeitig die Stadtwerke auffordern müsse, die Leistung zu erbringen.

Der Rat lehnt den Antrag der Fraktion ‚Die Grünen‘ ab, zum Fahrplanwechsel im Sommer 2010 eine Stadtbuslinie nach Schwadorf einzurichten.

Abstimmungsergebnis: 27 : 22

3.7 Service-Center

hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 1.3.10

Der Rat stimmt dem Antrag der **FDP-Fraktion** zu, zur Erstellung eines Raum- und Finanzierungskonzeptes für das geplante „Service-Center“ 30.000 € anzusetzen und mit einem Sperrvermerk zugunsten des Hauptausschusses zu versehen.

Abstimmungsergebnis: 27 : 22

3.8 Stellenplan 2010

Bezug: HA 25.1.10

Vorlage-Nr. 40/09 j

Der Rat beschließt den als Anlage zur Vorlage 40/09 j beigefügten Stellenplan 2010 mit Stellenübersicht.

Abstimmungsergebnis: 27 : 22

3.9 Erlass der Haushaltssatzung 2010

Vorlage-Nr. 40/09 q

Bezugnehmend auf den Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion erläutert **Stadtkämmerer Freytag**, dass eine Änderung der Haushaltssatzung nicht erforderlich sei. Er verweist auf Seite 4 der Vorlage „Darstellung der Gesamtfortschreibung zum Entwurf 2010“. Dort seien für die Komplettsanierung der Turnhalle Badorf 610.000 € angegeben. Dieser Betrag werde in diesem Jahr voraussichtlich nicht vollständig kostenwirksam, so dass hier eine Reduzierung um 30.000 € vorgenommen werden könne, die wiederum als Planungskosten für das „Service-Center“ eingesetzt werden könnten.

1. Der Rat beschließt den Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 mit dem als Anlage zur Vorlage 40/09j dargestellten Stellenplan 2010 wie folgt:

Aufgrund der §§ 78 ff der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023), geändert durch Gesetz vom 16. November 2004, hat der Rat der Stadt Brühl am 01.03.2010 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge einschließlich Finanzerträge auf	92.100.000 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen einschl. Finanzaufwendungen auf	101.060.000 €

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	83.566.820 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	94.580.000 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	10.770.000 €
--	--------------

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	14.250.000 €
--	--------------

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird festgesetzt auf

7.400.000 €

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird festgesetzt auf 1.650.000 €

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird festgesetzt auf 8.960.000 €

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf 0 festgesetzt auf

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 35.000.000 € festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2010 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) unverändert auf 200 v.H.
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B; alter Hebesatz 390) auf 450 v.H.
2. Gewerbesteuer (unverändert) auf 430 v.H.

§ 7

1. Soweit im Stellenplan der Vermerk "künftig wegfallend" (kw) angebracht ist, dürfen freiwerdende Stellen dieser Besoldungs- oder Entgeltgruppe nicht mehr besetzt werden.
2. Die im Stellenplan angebrachten Vermerke "künftig umzuwandeln" (ku) haben folgende Wirkung:

- Soweit es sich um ku-Vermerke nach der Stellenobergrenzenverordnung handelt, ist mindestens jede zweite von da an freiwerdende, von einem Vermerk betroffene Planstelle in eine Stelle der nächst niedrigeren Besoldungsgruppe umzuwandeln.
- Bei den übrigen von einem Vermerk betroffenen Beamten- oder Beschäftigtenstellen ist jede freiwerdende Stelle in eine Stelle einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe umzuwandeln.

Abstimmungsergebnis: 27 : 22

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) erklärt zur Niederschrift, dass ihm aufgefallen sei, dass die fw/bVb-Fraktion während dieser Sitzung aus nichtöffentlichen Teilen anderer Sitzungen zitiere.

4. Satzungen

4.1 Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Bücherei der Stadt Brühl Bezug: KPTA 21.1.10 Vorlage-Nr. 345/76 o

Der Rat beschließt die als Anlage zur Vorlage Nr. 345/76 o beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Bücherei der Stadt Brühl.

Abstimmungsergebnis: 39 : 10

4.2 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Brühl über die Stiftung des Max-Ernst-Stipendiums Bezug: KPTA 21.1.10 Vorlage-Nr. 120/80 cd

- Ä -

Der **Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Partnerschaften und Tourismus, Ratsherr Hosmann** (CDU), weist darauf hin, dass der KPTA eine Beschlussänderung empfohlen habe. Da z.Z. keine Berufung eines Fachjurors erfolgen sollte, müsse der letzte Halbsatz im Beschlussentwurf gestrichen werden.

Unter Berücksichtigung der Änderung fasst der Rat folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt die als Anlage zur Vorlage-Nr. 120/80 cd beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Brühl über die Stiftung des Max-Ernst-Stipendiums.

- einstimmig -

4.3 Satzung zur Aufhebung der Betriebssatzung für den Entsorgungsbetrieb der Stadt Brühl Vorlage-Nr. 139/93 am

Der Rat beschließt die in der Anlage zur Vorlage-Nr. 139/93 am beigefügte Satzung zur Aufhebung der Betriebssatzung für den Entsorgungsbetrieb der Stadt Brühl.

- einstimmig bei 1 Enthaltung -

**5. Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsplan
2009 nach 2010
Vorlage-Nr. 40/09 r**

Der Rat nimmt die Übertragung von Ermächtigungen aus dem Haushalt 2009 nach 2010 gem. § 22 Abs. 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) zur Kenntnis.

- einstimmig -

**6. Wirtschaftsplan Stadtwerke Brühl GmbH 2010
Vorlage-Nr. 81/87 ai**

Der **Aufsichtsratsvorsitzende, Ratsherr Meeth** (CDU), teilt mit, dass dem Wirtschaftsplan am 17. Dezember 2009 im Aufsichtsrat einstimmig zugestimmt worden sei.

Fraktionsvorsitzender Riedel (DIE LINKE) erklärt, dass seine Fraktion im Aufsichtsrat nicht vertreten sei. Er bitte zu prüfen, ob es seiner Fraktion ermöglicht werden könnte, ein beratendes Mitglied zu entsenden.

Anmerkung der Schriftführerin:

Aufgrund eines Antrages der GRÜNE-Fraktion vom 28.11.2008, Vorlage-Nr. 88/95 ac, die Sitzungen der Aufsichtsräte von Gebausie und Stadtwerken zumindest teilweise öffentlich zu machen, wurde die Angelegenheit bereits einmal geprüft und eine Anfrage an den Städte- und Gemeindebund gestellt. Dieser stellte ausdrücklich fest, dass eine Aufgliederung der Aufsichtsratssitzungen in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil die gebotene Vertraulichkeit außer Kraft setzen würde und sich daher verbiete. In diesem Zusammenhang verweist der NWStGb gleichzeitig auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes NW vom 21.12.1995, das bereits die allgemeine Teilnahme von Ratsmitgliedern als Zuhörer sowohl gesellschaftsrechtlich als auch kommunalrechtliche als unzulässig ansieht (siehe Niederschrift RAT 2.3.09, TOP 10.1 und Vorlage-Nr. 88/95 ad).

Der Rat beauftragt den Gesellschaftervertreter, Herrn Wolfgang Poschmann, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Brühl GmbH folgenden Beschluss herbeizuführen:

Dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke Brühl GmbH für das Geschäftsjahr 2010 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 41 : 5 bei 3 Enthaltungen

**7. Konjunkturpaket
hier: Konkretisierung der Maßnahmen
Vorlage-Nr. 2/09 h**

Der Rat beschließt in Abänderung seines Beschlusses vom 29.6.2009 (Vorlage-Nr. 2/09 e) den als Anlage zur Vorlage-Nr. 2/09 h beigefügten Maßnahmenplan.

- einstimmig -

**8. 12. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Brühl
(Brühler Stadtverfassung)
Bezug: HA 25.1.10
Vorlage-Nr. 239/87 ax**

Der Rat beschließt die als Anlage zur Vorlage-Nr. 239/87 ax beigefügte 12. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Brühl (Brühler Stadtverfassung).

Abstimmungsergebnis: 27 : 22

9. Ausschreibung der Stelle einer/eines Beigeordneten

Bezug: HA 25.1.10

Vorlage-Nr. 210/85 w

Ratsherr Bohlken (fw/bVb) führt aus, dass er unabhängig von seiner Überzeugung, dass die zusätzliche Stelle eines 3. Beigeordneten die Bemühungen um Kostenreduzierung konterkariere, ein Problem mit der Ausschreibung habe. Diese vermittele den Eindruck eines neutralen Verfahrens. Gleichzeitig wisse allerdings jeder im Raum, wer die Position ausfüllen solle und im Protokoll der Hauptausschusssitzung vom 25. Januar 2010 habe man bereits nachlesen können, dass der Vorsitzende der CDU-Fraktion eine bestimmte und benannte Person favorisiere, die er ebenfalls sehr hoch einschätze. Dennoch beschädige seiner Ansicht nach die Tatsache der Schaffung einer 3. Beigeordnetenstelle und die Art der Besetzung durch die Art der Ausschreibung das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Politik. Er lehne die Vorlage daher ab.

Der Rat beschließt gem. § 71 Abs. 2 Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die als Anlage zur Vorlage-Nr. 210/85 w beigefügte Ausschreibung der Stelle einer/eines Beigeordneten. Die Besoldung erfolgt nach Besoldungsgruppe A 16/B 2 Bundesbesoldungsgesetz zzgl. einer Aufwandsentschädigung nach den Vorschriften der Eingruppierungsverordnung.

Abstimmungsergebnis: 28 : 21

10. Änderung der Geschäftskreise der Beigeordneten

Bezug: HA 25.1.10

Vorlage-Nr. 214/85 r

In Abänderung seines Beschlusses vom 11.12.2006 beschließt der Rat die Geschäftskreise der Beigeordneten entsprechend der Anlage zur Vorlage-Nr. 214/85 r neu zu verteilen (§ 73 Abs. 1 GO NRW).

Abstimmungsergebnis: 26 : 22

(Bürgermeister Kreuzberg hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt)

11. Besetzung des Integrationsausschusses der Stadt Brühl

Vorlage-Nr. 38/03 y

Rat besetzt den aus 15 Mitgliedern bestehenden Integrationsausschuss mit folgenden 8 Ratsmitgliedern:

1. Dr. Frantziach-Immenkeppel (CDU)	5. Richter (SPD)
2. Hosmann (CDU)	6. Dr. Tieke (Grüne)
3. Stilz (CDU)	7. Wehr (FDP)
4. Vilkman (SPD)	8. Baule (fw/bVb)

Folgende Ratsmitglieder werden zu stellvertretenden Ausschussmitgliedern bestellt:

CDU:

Dahmen, Hans, Hepp

SPD:

Weitz, Jung, H. , weitere Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge

Grüne:

Konertz

FDP:

Müller-Neimann

fw/bVb:

Bohlken, Mainzer, Schmitz, H.

Für den Fall, dass eine Fraktion im Integrationsausschuss nicht mit einem stimmberechtigten Mitglied vertreten ist, benennt diese Fraktion gem. § 58 Abs. 1 S. 7 ff. GO NW folgendes Ratsmitglied als beratendes Mitglied:

ordentliches, beratendes Mitglied:

stellvertretendes, beratendes Mitglied:

Riedel (LINKE)

Sauer (LINKE)

- einstimmig -

(Bürgermeister Kreuzberg hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt)

12. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

12.1 Regionale 2010 / RegioGrün

hier: Mittelbereitstellung

Bezug: HA 25.1.10

Vorlage-Nr. 19/03 I

Der Rat genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:

Der Hauptausschuss fasst im Vorfeld der Haushaltssatzung 2010 im Wege der Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Gemeindeordnung folgenden Beschluss:

Zur Durchführung des Projektes „RegioGrün / Zu den Villeseen“ werden 8.000€ als 20%iger Eigenmittelanteil bereitgestellt.

- einstimmig -

13. Bebauungsplan 04.07/4, Teilbereich I, „Margartenhof“

hier: Abwägungs- und Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Bezug: PStA 26.1.10

Vorlage-Nr. 87/01 r

Ratsherr Weber (Grüne) kritisiert die Vorgehensweise, die seiner Ansicht nach nicht demokratischen Grundsätzen entspreche. Das Verfahren sei durch eine Dringlichkeitsentscheidung eingeleitet worden, bei der die Fraktionsvorsitzenden eingebunden worden seien, die allerdings Stillschweigen zu wahren hatten. Ohne einen rechtskräftigen Bebauungsplan seien dann Grundstücke verkauft und Bäume teilweise entfernt worden. Damit seien in unzulässiger Weise ohne Beteiligung des Rates Fakten geschaffen worden.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) wirft ein, dass die Bäume umgesetzt worden seien.

Ratsherr Weber (Grüne) bemängelt im Folgenden den Bebauungsplan, der keinerlei Festlegungen treffe, sondern lediglich grob umrissene Grenzen aufzeige, die alle Möglichkeiten offen ließen. Da somit keinerlei Regelungen enthalten seien, werde alles einem unbekanntem Investor überlassen. Er frage sich, ob es neuer politischer Stil sei, alle Entscheidungen am Rat vorbei zu fällen. Anscheinend traue sich die Stadt immer weniger zu, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, je einflussreicher der Investor ist. Jeder kleine Gewerbetreibende bekomme mehr Auflagen gemacht als im vorliegenden Fall. Hier werde stattdessen ein Freibrief erteilt und ein Grundstück zum Schleuderpreis verkauft, obwohl es noch andere geeignete Grundstücke gebe. Dies alles sei in einer „Nacht- und Nebelaktion“ ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl erfolgt. So seien z.B. weder Natur- noch energetische oder städtebauliche Standards vorgegeben worden. Er lehne die Vorlage ab.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) bezeichnet die Äußerungen von Ratsherr Weber als falsch und nicht nachvollziehbar. Besser wäre es gewesen, wenn Herr Weber die Vorlage gelesen und in der entsprechenden Fraktionssitzung anwesend gewesen wäre. Die Angelegenheit sei im

PStA lange debattiert und auch der Grundstücksverkauf sei im Vergabe- und Liegenschaftsausschuss formal beschlossen worden. Insofern sei die gesamte Vorgehensweise absolut rechtmäßig.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) stellt fest, dass Ratsherr Weber den eigenen Fraktionsvorsitzenden mit diesen Äußerungen diskreditiere. Das Verfahren, bei dem es sich im Übrigen um ein Meisterstück der Verwaltung handele, sei seit mehr als einem Jahr bekannt. Das Projekt schaffe in Brühl 700 bis 1000 neue Arbeitsplätze und biete damit die Chance, auch das zu verwirklichen, was die Grünen forderten.

Bürgermeister Kreuzberg fordert Ratsherrn Weber auf, den Vorwurf, dass das Grundstück zu einem Schleuderpreis veräußert worden sei, zurückzunehmen. Es handele sich hier eindeutig um eine Lüge.

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) macht deutlich, dass es hier wohl unterschiedliche Wahrnehmungen gebe und das Abstimmungsverhalten frei sei. Herr Weber habe eine andere Meinung als der Fraktionsvorsitzende.

Ratsherr Weber (Grüne) entschuldigt sich, falls der Eindruck entstanden sei, dass er für die Fraktion spreche. Es handele sich hier um seine ganz persönliche Kritik. Richtig sei zwar, dass einige Platanen ausgegraben und versetzt worden seien. Aber auch hierüber seien keinerlei Informationen erteilt worden.

Bürgermeister Kreuzberg nimmt nochmals Bezug auf den Grundstücksverkauf und macht deutlich, dass hier ein sehr guter Preis erzielt worden sei. Er fordert Herrn Weber nochmals auf, seine Vorwürfe zurückzunehmen.

Ratsherr Weber (Grüne) erklärt, dass er den Kaufpreis in Anbetracht der Tatsache, dass auf diesem Grundstück alles zulässig sei, als 'Schleuderpreis' bezeichnet habe. In dieser Relation müsse man seine Einschätzung sehen.

- I. Der Rat beschließt unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange und unter Bezug auf die nachstehenden Erläuterungen über folgende Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung zum Bebauungsplan 04.07/4, Teilbereich I, "Margaretenhof".

Abwägungsvorschlag zu den Stellungnahmen der Bürger und der Träger öffentlicher Belange zum BP 04.07/4, Teilbereich I, "Margaretenhof"

Stellungnahmen der Bürger aus der Öffentlichen Auslegung (27.11. - 28.12.2009)

Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern sind nicht eingegangen.

Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange (27.11. - 30.12.2009)

T 1, Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH, Anschreiben vom 01.12.2009:

T 1.1: Die Anregung wird berücksichtigt.

T 1.2: Die Anregung wird berücksichtigt.

T 1.3: Die Anregung wird berücksichtigt.

T 2, Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Anschreiben vom 08.12.2009:

T 2.1: Die Anregung wird berücksichtigt.

T 3, Industrie- und Handelskammer, Anschreiben vom 10.12.2009:

T 3.1: Die Anregung wird berücksichtigt.

T 5, LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Anschreiben vom 15.12.2009:

T 5.1: Die Anregung wird berücksichtigt.

T 6, Erft-Verband, Anschreiben vom 17.12.2009:

T 6.2: Die Anregung wird berücksichtigt.

T 8, Rhein-Erft-Kreis, Der Landrat, Anschreiben vom 28.12.2009:

T 8.1: Die Anregung wird nicht berücksichtigt.

T 8.2: Die Anregung wird berücksichtigt.

T 8.3: Die Anregung wird nicht berücksichtigt.

T 8.4: Die Anregung wird berücksichtigt.

T 8.5: Die Anregung wird berücksichtigt.

T 8.7: Die Anregung wird berücksichtigt.

II. Der Rat der Stadt Brühl beschließt gemäß § 10 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB, in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 09. 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 G vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) den Bebauungsplan 04.07/4, Teilbereich I, "Margaretenhof" einschließlich der Textlichen Festsetzungen als Satzung und beschließt die zugehörige Begründung.

Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Brühl, Flur 21 und betrifft die Flurstücke 198, 199, 283, 284, 285, 267, 268, 164 und 163.

Das Plangebiet ist folgendermaßen abgegrenzt:

Im Norden von der nördlichen Grenze der Flurstücke 198, 199, 283 und 284,

im Osten von der östlichen Grenze des Flurstücke 284 und 285,

im Süden von der südlichen Grenze der Flurstücke 285, 267, 268 und 283 und

im Westen von der westlichen Grenze der Flurstücke 283, 163, 199 und 198.

Der Übersichtsplan ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Satzungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Die Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt im Wege der Berichtigung.

Abstimmungsergebnis: 44 : 3 bei 2 Enthaltungen

14. Errichtung eines Service-Centers

Bezug: HA 25.1.10

Vorlage-Nr. 164/87 al

Ratsherr Jung (SPD) fragt, ob er richtig in der Annahme gehe, dass es sich bei dem Begriff „Service-Center“ lediglich um einen Arbeitstitel handle.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt dies.

Ratsherr Jung (SPD) ist der Ansicht, dass hier unbedingt eine bessere Bezeichnung gefunden werden müsse, die einen Bezug zum Rathaus habe.

Ratsfrau Dr. Tiede (Grüne) stellt fest, dass trotz der derzeitigen schlechten finanziellen Situation sehr viele Bauarbeiten in Angriff genommen würden. Eine Ausgabendisziplin sei nicht erkennbar.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass das Investitionsaufkommen der Kommune nicht mit dem privaten Bereich vergleichbar sei. Die Verwaltung betreibe eine soziale Politik, wenn sie gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten investiere.

Der Rat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis und beauftragt ihn mit der Erstellung eines Raum- und Finanzierungskonzeptes.

Abstimmungsergebnis: 41 : 7 bei 1 Enthaltung

**15. 19. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW
am 23. März 2010 in Essen
Vorlage-Nr. 23/85 i**

Der Rat beschließt, für die 19. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW am 23. März 2010 in Essen folgende Vertreter der Stadt Brühl zu entsenden:

Bürgermeister M. Kreuzberg oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter,
Gerharz (CDU), Poschmann (CDU), Schmitz, Wilhelm (CDU),
Freytag (SPD), Pitz (FDP), Bohlken (fw/bVb)

- einstimmig -

16. Mitteilungen

**16.1 Nebentätigkeiten des Bürgermeisters nach § 71 Landesbeamtengesetz
Vorlage-Nr. 5/05 g**

Der Rat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

16.2 Projekt „Europäisches Schulobstprojekt NRW“

Erster Beigeordneter Brandt erläutert die Aktion und teilt mit, dass die Stadt Brühl mit drei Schulen an diesem Projekt teilnehme. Er danke den engagierten Lehrern und Eltern.

17. Anfragen

17.1 Kaiserbahnhof

Ratsherr Weesbach (SPD) fragt, ob mittlerweile ein Pächter gefunden worden sei und wann der Kaiserbahnhof wieder eröffnet werde.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass ihm keinerlei Informationen vorliegen würden.

17.2 Baumfällungen

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt, warum im Bereich Kaufhof/Wallstraße drei Bäume gefällt worden seien.

Bürgermeister Kreuzberg sagt schriftliche Beantwortung zu.